

## **Unterrichtung**

**durch die Bundesregierung**

### **Unterrichtung der Bundesregierung über die erstmalig vorgelegten Konvergenzprogramme 2004 der neuen EU-Mitgliedstaaten**

#### **Einführung**

Mit der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sind die Geld- und Wechselkurspolitik aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Es besteht daher ein erhöhter Koordinierungsbedarf für die Wirtschafts- und Finanzpolitiken in der EU, um realwirtschaftliche Fehlentwicklungen innerhalb der Eurozone zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern. Aus diesem Grund sieht der EG-Vertrag eine verstärkte wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU vor. Zu den wichtigsten im Vertrag sowie im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerten Instrumenten der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung gehören die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten der EU. Hierbei erstellen an der WWU teilnehmende Staaten Stabilitätsprogramme und noch nicht an der WWU teilnehmende Mitgliedstaaten legen Konvergenzprogramme vor. Kein neuer Mitgliedstaat (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) nimmt bisher an der WWU teil. Estland, Litauen und Slowenien sind jedoch Mitte dieses Jahres dem die Euroeinführung vorbereitenden Wechselkursmechanismus II beigetreten.

In den Konvergenzprogrammen stellen die neuen Mitgliedstaaten ihre mittelfristige finanz- und wirtschaftspolitische Strategie dar. Die Mitgliedstaaten sollen aufzeigen, wann und wie das mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts erreicht werden kann. Die in den Programmen ausgewiesenen finanzpolitischen Strategien sind eine wichtige Informationsquelle für die Kommission und die Mitgliedstaaten, anhand derer die nationale Umsetzung der gemeinsam vereinbarten Ziele überprüft wird. Durch die Erörterungen in den EU-Gremien haben die Kommission sowie die Mitgliedstaaten Gelegenheit, die jeweilige nationale finanzpolitische Strategie zu bewerten und diese Bewertung in einer Ratsstellungnahme der Öffent-

lichkeit zugänglich zu machen. Um die Vergleichbarkeit der Programme zu gewährleisten, sind inhaltliche und formale Anforderungen in einem Verhaltenskodex festgelegt. Insbesondere legt der Kodex Informationspflichten zur Entwicklung des Haushaltssaldos bzw. der Staatsverschuldung, zu makroökonomischen Annahmen der Haushaltsplanungen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen sowie den Berichtszeitraum (Vorjahr, Berichtsjahr sowie mindestens drei Folgejahre) fest.

Im Mai letzten Jahres wurde im Rahmen eines High Level Meetings der EU-15 mit den neuen Mitgliedstaaten darüber Einvernehmen erzielt, dass sie im Mai 2004 erstmals Konvergenzprogramme an die Europäische Kommission (KOM) bzw. den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) übermitteln. Hierbei ist es den Beitrittsstaaten gestattet, ihre Vorbeitrittsprogramme aus dem Jahre 2003 zu aktualisieren. Die Vorlage von Vorbeitrittsprogrammen diene insbesondere der Vorbereitung auf die ab dem Beitrittszeitpunkt zu erstellenden Konvergenzprogramme, daher sind sie inhaltlich an die Konvergenzprogramme angelehnt. Die Vorlage der Konvergenzprogramme erfolgte durch die neuen Mitgliedstaaten fristgerecht, die eingereichten Konvergenzprogramme können über den in Anlage 1 aufgeführten Link in englischer und der Landessprache direkt eingesehen werden. Die Kommission hat die Konvergenzprogramme im Hinblick auf die inhaltlichen und formalen Vorgaben analysiert und ihre Stellungnahme dem ECOFIN zugeleitet. Der ECOFIN-Rat hat am 5. Juli 2004 die Programme und entsprechende Stellungnahmen verabschiedet. Diese sind als Anlage 2 beigefügt, in den noch folgenden Länderbetrachtungen zu den Konvergenzprogrammen wird kurz auf die Stellungnahmen eingegangen. In Anlage 3 sind in einer Tabelle für alle Mitgliedstaaten, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die Haushaltssalden und die Bruttostaatsschulden als wichtigste Parameter entsprechend den Angaben der Konvergenzprogramme sowie

der Kommissions-Frühjahrsprognose dargestellt. Ferner sind Diagramme zur Veranschaulichung beigelegt, in denen die aktuellen Daten für 2003 und 2004 aus den Konvergenzprogrammen für jeden dieser Parameter erfasst werden.

Aus der Beurteilung der Konvergenzprogramme der neuen Mitgliedstaaten lässt sich länderübergreifend Folgendes festhalten:

- Die Vorgaben des Verhaltenskodex wurden weitgehend eingehalten, sodass die Vergleichbarkeit der Programme grundsätzlich gewährleistet ist (Harmonisierungsbedarf besteht noch bei einigen neuen Mitgliedstaaten vor allem bei den Berechnungen zur nachhaltigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen). Ferner haben einzelne neue Mitgliedstaaten ihre volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in wesentlichen Punkten (z. B. Budgetdefizit- und Schuldenstandberechnung) noch nicht vollständig den europäischen Standards (ESA-95) angepasst, wozu derzeit bilaterale Konsultationen mit der Kommission/Eurostat erfolgen.
- Die durchschnittlichen Projektionen der neuen Mitgliedstaaten bzgl. des realen Wachstums erhöhen sich von 3,6 Prozent in 2003 über 4,2 Prozent in 2004 und 4,4 Prozent in 2005 auf jeweils 4,8 Prozent des BIP in 2006 und 2007, womit die neuen Mitgliedstaaten für die Jahre 2004 und 2005 (4,0 bzw. 4,2 Prozent des BIP) leicht oberhalb der Frühjahrsprognose der Kommission liegen (die Frühjahrsprognose umfasst den Zeitraum 2002 bis 2005). Die im Durchschnitt leicht höheren Wachstumsannahmen der neuen Mitgliedstaaten erscheinen realistisch, da einzelne neue Mitgliedstaaten einen signifikanten und der Höhe nach überraschenden Wachstumsschub im Verlauf des Jahres 2004 aufweisen und einige Haupthandelspartner der neuen Mitgliedstaaten ebenfalls eine stärker als von der Kommission erwartete Wachstumsentwicklung in 2004 verzeichnen können. Einzelne kleinere neue Mitgliedstaaten haben allerdings (traditionell) optimistische Wachstumsannahmen, die sich in den kommenden Jahren nicht voll realisieren lassen dürften. Im Vergleich zu den (gemessen am BIP pro Kopf) durchschnittlich rund doppelt so reichen alten Mitgliedstaaten können die neuen in den Jahren 2004 und 2005 gemäß Kommissionseinschätzung durchschnittlich ein rund doppelt so hohes reales Wachstum erwarten (EU-15: in 2004 2,0 Prozent des BIP und in 2005 2,4 Prozent des BIP). Auch unter den neuen Mitgliedstaaten wachsen die Staaten mit einem niedrigeren BIP pro Kopf tendenziell schneller als die mit einem höheren.
- Die finanzpolitische Situation in den neuen Mitgliedstaaten ist in den meisten Fällen durch Haushaltsdefizite gekennzeichnet, welche zu einem großen Teil auch der Höhe nach beachtlich sind. Entsprechend hat die Kommission am 12. Mai 2004 ein Defizitverfahren bei den Ländern Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Zypern und Malta eingeleitet. Der ECOFIN hat am 5. Juli 2004 die Existenz eines bestehenden über-

mäßigen Haushaltsdefizits für diese Länder im Jahr 2003 festgestellt und Empfehlungen zum Abbau der Defizite ausgesprochen. Diese orientieren sich grundsätzlich an den in den Konvergenzprogrammen vorgestellten Abbauplänen der neuen Mitgliedstaaten, welche den jeweiligen nationalen Herausforderungen gerecht werden. Strukturell konzentrieren sich die wirtschaftspolitischen Herausforderungen vieler neuer Mitgliedstaaten auf die Reform der sozialen Sicherungssysteme sowie der Arbeitsmärkte. Die mittelfristigen Planungen zur Konsolidierung sind teilweise sehr ehrgeizig, teils aber auch weniger ambitioniert, wobei insgesamt durchaus substantielle Konsolidierungen vorgesehen sind. Eine konsequente Umsetzung der Konvergenzprogramme wird wesentlich dazu beitragen, gesunde Finanzen sowie Wachstum und Beschäftigung herbeizuführen. Bei der Formulierung von Empfehlungen für die Beseitigung der übermäßigen Defizite sind den neuen Mitgliedstaaten besondere Umstände zugebilligt worden, um ihnen eine mittelfristige Korrektur der Haushaltsdefizite zu ermöglichen. Erste Maßnahmen zum Abbau der übermäßigen Defizite sind bis Anfang November 2004 zu ergreifen.

Das durchschnittliche Budgetdefizit der neuen Mitgliedstaaten erreichte in 2003 5,8 Prozent des BIP, für 2004 sind 4,8 Prozent, für 2005 3,9 Prozent, für 2006 3,2 Prozent und für 2007 2,1 Prozent geplant. Die Frühjahrsprognose der Kommission geht hingegen für die Jahre 2004 und 2005 mit 5,0 bzw. 4,2 Prozent des BIP im Durchschnitt von leicht höheren Defiziten aus als die neuen Mitgliedstaaten in ihren Konvergenzprogrammen. Unterschiede zwischen beiden Einschätzungen erklärt die Kommission insbesondere durch die optimistischeren Wachstumsannahmen einzelner neuer Mitgliedstaaten sowie durch noch nicht vollkommen harmonisierte statistische Methoden.

- Die Defizitplanungen der neuen Mitgliedstaaten sind bei vielen Staaten mit hohen Unsicherheiten hinsichtlich der politischen Umsetzbarkeit von geplanten Ausgabenkürzungen, Sozialreformen etc. verbunden. Aufgrund der mit den einzelnen Maßnahmen oftmals verbundenen Belastungen der Bevölkerung lässt sich teilweise ein starker politischer Druck auf die Regierungsparteien beobachten. Ferner werden durch den EU-Beitritt zusätzliche Zahlungsverpflichtungen (insbesondere über die Ko-Finanzierung von Strukturfondsmitteln) auf die neuen Mitgliedstaaten zukommen. Andererseits sollte eine besondere Motivation für einen nachhaltigen Defizitabbau bei den neuen Mitgliedstaaten dahin gehend bestehen, dass das Budgetdefizit bei der Mehrzahl der Staaten eine wesentliche Hürde für eine frühe Einführung des Euro darstellt. Im Vergleich zu den alten Mitgliedstaaten verzeichnen die neuen gemäß Kommissionseinschätzung in den Jahren 2004 und 2005 durchschnittlich ein fast doppelt so hohes Haushaltsdefizit (EU-15 in 2004 2,6 Prozent des BIP und in 2005 2,4 Prozent).
- Die Schuldenquote liegt mit 44,3 Prozent des BIP in 2003 durchschnittlich deutlich unterhalb des Referenz-

wertes von 60 Prozent des BIP, lediglich einzelne kleinere Mitgliedstaaten übersteigen derzeit den Referenzwert. Ferner tendieren die Staaten, die ein übermäßiges Haushaltsdefizit verzeichnen und Strukturreformen bei den sozialen Sicherungssystemen aufgeschoben haben, mehrheitlich zu höheren Schuldenständen. Realistischerweise gehen die Konvergenzprogramme in den Jahren 2004 bis 2007 im Durchschnitt von steigenden Schuldenquoten aus (2004: 46,2 Prozent, 2005 47,5 Prozent, 2006: 47,8 Prozent und 2007: 47,3 Prozent). Die Kommission geht ebenfalls von steigenden Schuldenquoten aus, liegt jedoch mit ihren Schätzungen für 2004 und 2005 (44,4 bzw. 45,2 Prozent) unterhalb derjenigen der neuen Mitgliedsstaaten.

Die durchschnittlich steigenden Schuldenstände sind ein Indiz dafür, dass die neuen Mitgliedstaaten ihre strukturellen Herausforderungen (soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarkt) nicht immer mit großer Entschlossenheit angehen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die meisten neuen Mitgliedstaaten bereits über viele Jahre im Transformationsprozess große Reformanstrengungen erbracht haben. Die Überschreitungen des Referenzwertes von 60 Prozent des BIP bewegen sich deutlich unterhalb der höchsten Schuldenquoten innerhalb der EU-15. Die alten Mitgliedstaaten werden gemäß Kommissionseinschätzung in den Jahren 2004 und 2005 durchschnittlich einen Schuldenstand von 64,2 Prozent des BIP erreichen.

- Alle Programme umfassen langfristige Analysen zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, welche insbesondere aufgrund demographischer und makroökonomischer Annahmen altersbedingte Ausgaben bis 2050 prognostizieren. Die Annahmen und Modelle der neuen Mitgliedsstaaten sind so inhomogen, dass sie nur bedingt miteinander verglichen werden können. In qualitativer Hinsicht lässt sich allerdings (ähnlich wie bei den alten Mitgliedstaaten) festhalten: Die demographischen Trends werden beachtlichen Druck auf die öffentlichen Finanzen und die sozialen Sicherungssysteme ausüben, weil die Lebenserwartung steigen wird (Auswirkungen insbes. auf die Ausgaben der Renten- und Krankenversicherung) und zukünftig wenige Kinder geboren werden (Auswirkungen insbesondere auf Einnahmen der Rentenversicherung bei Solidarsystemen).

**Zu den einzelnen Ländern** (in alphabetischer Reihenfolge):

#### **Estland**

Das Programm sieht einen Abbau der vorangegangenen Haushaltsüberschüsse durch eine Lockerung der Haushaltspolitik in den Jahren 2004 und 2005 vor. So soll der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss in Höhe von 2,6 Prozent des BIP in den Jahren 2003 bis 2005 in eine ausgeglichene Haushaltsposition überführt werden. Die möglichst baldige Einführung des Euro ist erklärtes Ziel der estnischen Wirtschaftspolitik, entsprechend ist Estland bereits im Juni dem Wechselkursmechanismus II

beigetreten. Estlands Schuldenquote von 5,8 Prozent des BIP gehört zu den niedrigsten in der EU und soll noch weiter sinken. Estland sieht sich in der Lage, die Kosten einer alternden Bevölkerung aufzufangen.

Der Rat hält die Finanzplanungen für ausreichend, um auch weiterhin einen ausgeglichenen bzw. einen Überschuss ausweisenden Haushalt „close-to-balance“ beizubehalten und auch bei normalen makroökonomischen Schwankungen unterhalb der 3-Prozent-Defizit-Marke zu bleiben. Angesichts des hohen Leistungsbilanzdefizits (13,7 Prozent des BIP in 2003) wird auf die Wichtigkeit von strenger fiskalpolitischer Disziplin sowie auf die aufmerksame Überwachung des Kreditwachstums hingewiesen.

#### **Lettland**

Bei Wachstumserwartungen von durchschnittlich 6,6 Prozent für die Jahre 2004 bis 2007 wird weiterhin mit einem gesamtstaatlichen Defizit von rund 2 Prozent des BIP gerechnet. Aufgrund der Haushaltsdefizite steigt der Schuldenstand in den kommenden Jahren langsam an, verbleibt dabei aber stets unterhalb 18 Prozent des BIP. Lettland plant zum 1. Januar 2005 den Beitritt zum Wechselkursmechanismus II.

Der Rat bezeichnet die Wachstumsannahmen auch angesichts möglicher externer Schocks als relativ optimistisch. Das Defizitziel von ca. 2 Prozent für die Jahre 2004 bis 2007 wird als wenig ehrgeizig eingeschätzt, die Einführung eines Drei-Säulen-Rentensystems wird lobend erwähnt. Lettland wird insbesondere dazu aufgefordert, das Haushaltsdefizit zurückzufahren und auf eine „close-to-balance“-Position zuzuschreiten (auch angesichts des hohen Leistungsbilanzdefizits) sowie mit der Reform des öffentlichen Sektors fortzufahren und so die Effizienz der Steuererhebung und Ausgabenkontrolle zu erhöhen.

#### **Litauen**

Das Programm sieht auf der Grundlage eines optimistischen makroökonomischen Szenarios mit weiterhin robustem BIP-Wachstum zwischen 6,3 bis 7,3 Prozent in den Jahren 2004 bis 2007 leichte Fortschritte in Richtung einer ausgeglichenen Haushaltsposition vor, da der Einnahmestieg in den kommenden Jahren etwas über dem Ausgabenzuwachs liegt. Das gesamtstaatliche Defizit soll von 1,7 Prozent des BIP im Jahr 2003 und 2,7 Prozent in 2004 auf 1,5 Prozent im Jahr 2007 abgebaut werden, die Schuldenquote soll bei etwa 21 Prozent im Jahr 2007 stabilisiert werden. Litauen ist bereits im Juni 2004 dem Wechselkursmechanismus II beigetreten.

Der Rat bezeichnet die Defizitziele als nicht sehr ehrgeizig, ein möglicherweise hinter den Erwartungen zurückbleibendes Wachstum stellt das Hauptrisiko für die geplanten Haushaltsziele dar. Der Rat empfiehlt das Hinwirken auf einen adäquaten Haushaltssaldo, um die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern. Die mit einer alternden Bevölkerung einhergehenden Haushaltsbelastungen erscheinen tragbar.

**Malta**

Auf der Grundlage eines plausiblen makroökonomischen Szenarios, welches eine Belebung des Wachstums auf 2,1 Prozent ab 2006 vorsieht, wird davon ausgegangen, dass das Defizit von 9,7 Prozent des BIP in 2003 auf unter 3 Prozent in 2006 gesenkt wird und danach weiter zurückgeht. Die Schuldenquote soll von derzeit 72 Prozent auf 70,4 Prozent des BIP in 2007 sinken.

Das Programm entspricht nach Ratsauffassung nicht voll den Datenanforderungen (Harmonisierungsbedarf insbesondere bei BIP-Berechnung). Der Rat betont, dass die Einhaltung des Konsolidierungspfades nur bei einem nachdrücklichen Engagement der maltesischen Regierung möglich ist. Der Rat sieht die Sicherung eines ausreichenden Finanzierungsüberschusses und die Durchführung weiterer Reformmaßnahmen insbesondere im Gesundheitswesen für eine nachhaltige Konsolidierung als unerlässlich an. Langfristig stellt die alternde Bevölkerung ein Risiko für Haushaltsungleichgewichte dar.

**Polen**

Das Programm nennt Wachstumsannahmen von 5 bis 5,6 Prozent für die Jahre 2004 bis 2007. Es wird davon ausgegangen, dass das Defizit von 4,1 Prozent des BIP im Jahr 2003 auf unter 3 Prozent des BIP im Jahr 2007 zurückgeführt wird und die Schuldenquote unter 60 Prozent des BIP bleibt. Das Programm verweist auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Haushaltssanierung (den so genannten Hausner-Plan), welches nach vollständiger Umsetzung zu einer Verringerung des Haushaltsdefizits um insgesamt 5,3 Prozent des BIP aufgrund zusätzlicher Einnahmen und Ersparnissen bei den Ausgaben für den Zeitraum 2005 bis 2007 führen soll. Polen rechnet Einzahlungen in die Offenen Pensionsfonds dem öffentlichen Sektor zu und befindet sich zu dieser Frage in bilateralen Konsultationen mit Eurostat. Bei Herausrechnen der Einzahlungen in diese Pensionsfonds würde sich laut Kommission das Haushaltsdefizit um 1,6 Prozent, der Schuldenstand um rund 4,5 Prozent des BIP erhöhen.

Der Rat sieht Unsicherheiten bezüglich der Implementierung des Hausner-Planes und der Eurostat-Entscheidung über die Klassifikation von Kapitalrentensystemen. Ein makroökonomisches Risiko bleibt zudem, sollte das Wachstum niedriger ausfallen als die veranschlagten hohen Wachstumsraten von über 5 Prozent. Die im Programm dargestellte haushaltspolitische Konzeption dürfte daher nicht ausreichen, um das Defizit bis 2007 unter die 3-Prozent-Marke zu führen. Insbesondere angesichts der zuvor genannten Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Defizitergebnisse sowie der beträchtlichen Unsicherheiten hinsichtlich der Realisierung der geplanten Privatisierungserträge könnte die Entwicklung der Schuldenquote (neben den genannten möglichen statistischen Anpassungen) ungünstiger ausfallen als im Programm projiziert. Was die langfristige Solidität der öffentlichen Finanzen betrifft, hat die 1999 eingeführte Rentenreform die Risiken der langfristigen Haushaltsungleichgewichte zwar verringert, aber nicht vollständig beseitigt.

**Slowakei**

Das Programm geht im Zeitraum 2004 bis 2007 von Wachstumsraten des BIP zwischen 4,1 und 5,0 Prozent aus. Für das gesamtstaatliche Defizit werden im gleichen Zeitraum Werte zwischen 4,0 und 3,0 Prozent des BIP angestrebt, wobei das Maastricht-Kriterium im Jahr 2007 eingehalten werden soll. Die Schuldenquote bewegt sich zwischen 45,1 und 46,4 Prozent des BIP, wobei in 2007 plangemäß 45,5 Prozent des BIP erreicht werden sollen.

Der Rat bezeichnet die zugrunde gelegten Wachstumsannahmen als plausibel. Die vorgesehene Anpassung des Defizits wird im Ergebnis als ausreichend, wenn auch nicht sehr ehrgeizig bezeichnet. Unter gewissen Umständen (z. B. dynamische Auswirkungen der umfassenden Steuerreform) hält der Rat es sogar für möglich, dass das Defizitkriterium vor 2007 erfüllt werden kann. Bezüglich der Schuldenquote werden keine Probleme gesehen. Die Slowakei sei vergleichsweise gut in der Lage, die budgetären Folgen der alternden Bevölkerung zu schultern und die langfristige Tragfähigkeit des Haushaltes sicherzustellen. Voraussetzung dafür sei insbesondere die konsequente Fortführung bereits eingeleiteter Reformen (insbesondere die komplette Umstellung der Altersvorsorge auf ein kapitalgedecktes System).

**Slowenien**

Das Programm geht für das Jahr 2004 von einem Wachstum von 3,6 Prozent des BIP und für die Jahre bis 2007 von Werten zwischen 3,7 und 3,9 Prozent des BIP aus. Für das gesamtstaatliche Defizit werden Ergebnisse zwischen 1,9 und 0,9 Prozent des BIP mit absteigender Tendenz für den Zeitraum 2004 bis 2007 prognostiziert, die Schuldenquote bewegt sich im gleichen Zeitraum zwischen 29,1 und 28,4 Prozent des BIP. Slowenien ist bereits im Juni 2004 dem Wechselkursmechanismus II beigetreten.

Der Rat bezeichnet das für 2004 prognostizierte Wachstum als etwas zu optimistisch, während die Angaben für die Folgejahre für realistisch gehalten werden. Das Tempo der Finanzkonsolidierung sei relativ moderat mit der Folge, dass eine Annäherung an einen ausgeglichenen Haushalt erst zum Ende der Berichtsperiode erreicht werde. Die Schuldenquote wird deutlich unter dem Grenzwert von 60 Prozent bleiben. Langfristig stellt die alternde Bevölkerung ein Risiko für Haushaltsungleichgewichte dar, dem mit einer sorgfältigen Weiterentwicklung der Sozialsysteme entgegengewirkt werden muss.

**Tschechien**

Das Programm geht im Zeitraum 2004 bis 2007 von Wachstumsraten zwischen 2,8 und 3,5 Prozent des BIP – bei steigender Tendenz – aus. Für das gesamtstaatliche Defizit werden im gleichen Zeitraum absteigend Werte zwischen 5,3 und 3,3 Prozent des BIP prognostiziert und die Schuldenquote steigt von 38,4 auf 41,7 Prozent des BIP.

Nach Feststellungen des Rates entspricht das Programm noch nicht vollständig dem oben beschriebenen Verhaltenskodex, insbesondere sei die Ermittlung der Einnahmen- und Ausgabendaten verbesserungsbedürftig. Der Rat bezeichnet die zugrunde gelegten Wachstumsannahmen als vorsichtig, während der Anpassungspfad des gesamtstaatlichen Defizits als nicht sehr ehrgeizig bezeichnet wird. Risiken bestehen aufgrund von Unsicherheiten bzgl. der Auswirkungen der in 2004 durchgeführten Steuerreform und hinsichtlich der Formulierung und Umsetzung notwendiger Sozialreformen. In Bezug auf die Schuldenquote schließt der Rat nicht aus, dass die im Konvergenzprogramm projizierten Werte überschritten werden. Für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte stellt die alternde Bevölkerung ein ernsthaftes Risiko dar, dem mit tief greifenden Reformen im Sozialbereich entgegengewirkt werden müsse.

### Ungarn

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum von rund 3,5 Prozent in 2004 vor, gefolgt von einem Anstieg der Wachstumsrate um 0,5 Prozentpunkte jährlich bis 2008. Der Schwerpunkt der im Programm vorgesehenen Konsolidierung liegt auf dem ersten Programmjahr, wobei das Defizit von 5,9 Prozent des BIP in 2003 auf 4,6 Prozent des BIP in 2004 und anschließend um jährlich rund 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden soll. Ziel ist, das gesamtstaatliche Defizit bis 2008 unter 3 Prozent des BIP zurückzuführen und die Schuldenquote von nahezu 60 Prozent des BIP in 2004 auf rund 54 Prozent des BIP in 2008 zu senken.

Der Rat betont, dass zur Vertrauensbildung in die ungarische Fiskalpolitik die Ziele für 2004 erreicht und alle Ge-

legenheiten ergriffen werden müssen, um die Sanierung der öffentlichen Finanzen zu beschleunigen. Während die kurzfristigen Wachstumsaussichten plausibel erscheinen, sind die mittelfristigen eher optimistisch. Schwachpunkte des Programms sind gemäß Ratsstellungnahme, dass die gesamte Anpassungsstrategie entscheidend vom Erreichen des Defizitziels 2004 abhängt, klare Angaben zu den ehrgeizigen Ausgaben senkenden Maßnahmen fehlen und das geplante Defizit erst 2008 und dann nur geringfügig unter 3 Prozent des BIP gesenkt werden soll. Der Rat sieht ferner, dass die demographische Entwicklung die langfristige Haushaltsentwicklung unter Druck setzen könnte.

### Zypern

Die haushaltspolitische Strategie des Programms zielt auf eine Rückführung des Defizits von 6,3 Prozent des BIP in 2003 auf unter 3 Prozent in 2005 und dann weiter auf 1,6 Prozent in 2007 ab. Die Verschuldung soll vor allem durch zunehmend ausgeglichene Finanzierungssalden von 75,2 Prozent des BIP in 2004 auf 68,4 Prozent in 2007 zurückgeführt werden.

Der Rat schätzt ein, dass das zugrunde liegende makroökonomische Szenario, welches von einer Belebung des BIP-Wachstums von Werten über 4 Prozent ab 2005 ausgeht, plausible Annahmen widerspiegelt. Die Konsolidierung soll gemäß Konvergenzprogramm über eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen erfolgen, die einem starken politischen Umsetzungsrisiko ausgesetzt sein dürften. Entsprechend könnte sich die Schuldenquote ungünstiger als geplant entwickeln. Auch zur nachhaltigen Sicherung des Haushalts empfiehlt der Rat eine rechtzeitige Umsetzung der geplanten Rentenreform.

Anlage 1

IMPORTANT LEGAL NOTICE: this information on this website is provided as a disclaimer and a copyright notice.



English ▾

EUROPA > European Commission > Economic and Financial Affairs > About > Activities > Fiscal surveillance

Activities

What's New | Contact | Search | Sitemap

About | News | Publications | Indicators | Events | Tenders

Quick Search

--Last update 8 July 2004--



You will find below links to the updated stability and convergence programmes, the Commission assessments and its services' working documents and the Council Opinions on the programmes. [Notes](#) about documents origin, format, and language availability.

Related

- ▶ Fiscal surveillance
- ▶ List of the programmes
- ▶ Commission assessments
- ▶ Commission working documents
- ▶ Council opinions
- ▶ Stability and Growth Pact
- ▶ Code of conduct
- ▶ Excessive Deficit Procedure
- ▶ Early Warning Procedure
- ▶ Reports on Public Finances in EMU


















**2003-2004 examination of the stability and convergence programmes**

Country	<u>Stability / convergence programme</u>	<u>Commission assessment</u>	<u>Commission services' working document</u>	<u>Council opinion</u>
<a href="#">Belgium</a>		Press r. Full text		
<a href="#">Czech Republic</a>		Press r. Full text		
<a href="#">Denmark</a>		Press r. Full text		
<a href="#">Germany</a>	(Update)  	Press r. Full text		
<a href="#">Estonia</a>		Press r. Full text		
<a href="#">Greece</a>	(main) (tables)	Press r. Full text		
<a href="#">Spain</a>		Press r. Full text		
<a href="#">France</a>	(main) (annex)	Press r. Full text		

noch Anlage 1

<u>Ireland</u>		Press r. Full text		
<u>Italy</u>		Press r. Full text		
<u>Cyprus</u>		Press r. Full text		
<u>Latvia</u>		Press r. Full text		
<u>Lithuania</u>		Press r. Full text		
<u>Luxembourg</u>		Press r. Full text		
<u>Hungary</u>		Press r. Full text		
<u>Malta</u>		Press r. Full text		
<u>The Netherlands</u>		Press r. Full text		
<u>Austria</u>		Press r. Full text		
<u>Poland</u>		Press r. Full text		
<u>Portugal</u>		Press r. Full text		
<u>Slovenia</u>		Press r. Full text		
<u>Slovakia</u>		Press r. Full text		

noch Anlage 1

Finland	 	Press r.  Full text 		
Sweden	 	Press r.  Full text 		
United Kingdom		Press r.  Full text 		

Notes about **documents origin, format, and language availability:**

- **Stability or convergence programmes** are documents produced and made public by Member States. In general, their format is as a pdf file ([What is PDF](#)). However, in several cases, they were published as word, excel, or htm files. They are as a rule available in the language(s) of the country concerned as well as in English. The quality and content of these files remains under the responsibility of Member States and cannot be attributed to the Commission.
- **Commission assessments** are available in full since the 2003-04 round of updates, in English only, as pdf files ([What is PDF](#)). An extended summary of the previous assessments is available in the form of press release as htm, word and pdf files ([What is PDF](#)) from the Commission database RAPID. They are in general in German, English and French, and whenever different, in the language of the country concerned. Other languages than English are available following the link indicated in the table above.
- **Commission services' working documents** for the Commission assessments are available in the form of pdf files ([What is PDF](#)). They are in English and are released as from the 2002-03 round of updates, in line with the Commission's Communication *Strengthening the co-ordination of budgetary policies* (COM(2002) 668 final).
- **Council opinions** are available in all languages, as htm and pdf files ([What is PDF](#)), from the EUR-Lex database. Other languages than English are available following the link indicated in the table above.





## Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (07.07)  
(OR. en)**

**11190/04**

**UEM 128**

**VERMERK**

des Generalsekretariats des Rates

für die Delegationen

Betr.: Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Estlands

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Estlands.

Anlage

noch Anlage 2

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm Estlands für den Zeitraum 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission<sup>2</sup>,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses,

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Estlands geprüft, das den Zeitraum 2004 bis 2008 abdeckt. Das Programm entspricht inhaltlich weitgehend den Anforderungen des geänderten “Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme”.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, sind unter folgender Internet-Anschrift abrufbar:

[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)

<sup>2</sup> ABl. C

noch Anlage 2

Die dem Programm zu Grunde liegende Haushaltspolitik zielt weiterhin auf die Erhaltung gesunder öffentlicher Finanzen in Form eines nahezu ausgeglichenen oder überschüssigen Haushalts ab. Nach einem Haushaltsüberschuss von 2,6 % des BIP im Jahr 2003 wird für 2004 daher ein leichter Überschuss von 0,7 % und ab 2005 ein ausgeglichener Haushalt angestrebt; damit einhergehen soll eine schrittweise Senkung der Ausgaben- und der Einnahmenquote, die 2004 aufgrund des EU-Beitritts angestiegen waren. Es wird davon ausgegangen, dass die öffentlichen Investitionen ebenfalls auf einem hohen Niveau bleiben; die Kommission geht für das Jahr 2004 von öffentlichen Investitionen in Höhe von 4,5 % des BIP und für 2005 von 4,3 % des BIP aus. Das Programm sieht insbesondere Reformen vor, die zu einer Senkung der direkten Steuern im Verbund mit einer Erhöhung der Transferleistungen und Steuerfreibeträge führen sollen. Finanziert werden sollen diese Reformen durch ein starkes Wachstum, eine verbesserte Steuererhebung, Einsparungen auf der Ausgabenseite und Veränderungen in der Ausgabenstruktur sowie durch höhere Einnahmen aus der Mehrwert- und Verbrauchsteuer. Der Schuldenstand ist mit 5,8 % des BIP im Jahr 2003 sehr niedrig und soll bis 2008 auf 3,2 % des BIP gesenkt werden.

Den verfügbaren Informationen zufolge scheint das dem Programm zu Grunde liegende makroökonomische Szenarium auf plausiblen Wachstumsprognosen für das BIP von 5 bis 6 % im gesamten Programmzeitraum zu beruhen. Hauptwachstumsfaktoren dürften die Inlandsnachfrage (um 7 % jährlich) sowie ein beschleunigter Anstieg der Exporte von bis zu 10 % jährlich sein. Beim privaten Verbrauch werden jährliche Wachstumsraten von 5 bis 6 % erwartet. Ferner wird weiterhin mit einer regen Investitionstätigkeit gerechnet, die zwar nicht mehr in einer Größenordnung von über 10 % liegt, wie dies in den letzten Jahren noch der Fall war, aber immerhin 7 bis 9 % pro Jahr beträgt. Die Prognose für die Entwicklung der Inflation, die nach einem Rekordtief von 1,3 % im Jahr 2003 von 2004 an auf circa 3 % ansteigen dürfte, erscheint ebenfalls realistisch. Das derzeit hohe Leistungsbilanzdefizit (13,7 % des BIP im Jahr 2003; 12,6 % nach neueren Angaben) soll den Erwartungen zufolge bis 2008 auf rund 8 % des BIP abgebaut werden, was immer noch recht hoch ist.

## noch Anlage 2

Die Risiken, mit denen die Projektionen für die Haushaltsentwicklung behaftet sind, scheinen mehr oder weniger ausgewogen zu sein. Einerseits hat Estland in den letzten Jahren erwiesenermaßen stets umsichtige Prognosen abgegeben und die finanzpolitischen Ziele stets übertroffen. Andererseits lassen sich unerwartete Einnahmeausfälle aufgrund der geplanten Steuersenkungen oder eine gegenläufige Wachstumsentwicklung aufgrund exogener Einflüsse nicht ganz ausschließen. Das mittelfristige Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, einer in etwa ausgeglichenen Haushaltsposition dürfte sich daher mit den geplanten haushaltspolitischen Maßnahmen wohl verwirklichen lassen; außerdem dürfte bei normalen Konjunkturschwankungen auch eine ausreichende Sicherheitsmarge bestehen, damit die Defizit-Marke von 3 % des BIP nicht überschritten wird. Allerdings könnte der rasche Abbau der Überschüsse von 2004 an in einer Zeit der Hochkonjunktur, wie in dem Programm anvisiert, eine andere prozyklische Finanzpolitik erfordern. Da ein hohes Zahlungsbilanzdefizit während des Programmzeitraums in Estland auch weiterhin der wichtigste Faktor des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts sein wird, sind eine strikte Haushaltsdisziplin und eine sorgfältige Überwachung des Wachstums der Kreditaufnahme umso wichtiger, um eine nachhaltige Korrektur dieses außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts sicherzustellen.

Mit weniger als 6 % des BIP gehört der Schuldenstand Estlands zu den niedrigsten in der EU und soll im Programmzeitraum noch um weitere 2,6 Prozentpunkte sinken. Der aktuelle Trend ist sogar noch günstiger als die Prognosen, nachdem die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kürzlich berichtigt wurde, wodurch das BIP-Niveau durchweg angehoben und damit auch der Nenner zur Berechnung der Schuldenstandquote größer wird.

Estland hat gute Aussichten, die prognostizierte Belastung des Staatshaushalts infolge der Überalterung der Bevölkerung aufzufangen. Eine niedrige Staatsverschuldung, relativ große Finanzreserven und eine mittelfristige Haushaltspolitik, die sich im Einklang befindet mit einer nahezu ausgeglichenen oder überschüssigen Haushaltsposition, in Verbindung mit den Reformen des Renten- und Gesundheitssystems, durch die die längerfristigen Haushaltsbelastungen eingedämmt werden sollen, dürften sicherstellen, dass die öffentlichen Finanzen weiterhin eine solide Grundlage haben.

**Wichtigste Projektionen aus dem Konvergenzprogramm Estlands**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP-Wachstum (%)*	4,7	5,3	5,8	5,6	5,9	5,8
Beschäftigungswachstum (%)	1,5	0,9	0,7	0,3	0,2	0,2
HVPI-Inflation (%)	1,3	3,1	3,0	2,8	2,8	2,8
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)*	2,6	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)*	5,8	5,4	5,1	4,7	3,4	3,2

\* Bei diesen Prozentzahlen ist die Berichtigung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom 20. Mai 2004 noch nicht berücksichtigt, die statistisch gesehen zu einem anhaltend höheren Niveau des BIP führte. Die Zahlen für 2003 werden wie folgt berichtigt: reales BIP-Wachstum 5,1 %, gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo 2,4 % des BIP, öffentlicher Bruttoschuldenstand 5,3 % des BIP.

noch Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (07.07)  
(OR. en)**

**11192/04**

**UEM 130**

**VERMERK**

des	Generalsekretariats des Rates
für die	Delegationen
<u>Betr.:</u>	<u>Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Lettlands</u>

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Lettlands.

Anlage

noch Anlage 2

**ANLAGE**

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm Lettlands für 2004 bis 2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das lettische Konvergenzprogramm für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht nur teilweise dem geänderten „Verhaltenskodex zu Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“. Insbesondere entsprechen einige Daten noch nicht vollständig den Normen des ESG-95, und die Zahlen für den Schuldenstand und das Defizit des Gesamtstaats sind nur bedingt aussagekräftig, da die im Rahmen der Meldung der Haushaltsdaten vom März 2004 eingereichten Zahlen nicht von Eurostat bestätigt wurden.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in dieser Empfehlung verwiesen wird, befinden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)

noch Anlage 2

Mit der haushaltspolitischen Strategie des Programms sollen die vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich gesamtstaatlicher Defizite erfüllt und das Defizit schließlich langfristig in Richtung eines ausgeglichenen Haushaltssaldos abgebaut werden. Im Programmzeitraum wird jedoch mit einem Defizit von weiterhin etwa 2 % des BIP gerechnet, das 2004 gegenüber 2003 aufgrund der Verschlechterung des zentralstaatlichen Haushaltssaldos leicht zunimmt. Im Programm wird von einem Primärdefizit in der Größenordnung von 1 % des BIP ausgegangen, das mit einer leichten Abnahme sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenquote im Programmzeitraum konsistent sein soll. Auf der Einnahmenseite wird dies insbesondere für die Jahre 2006 und 2007 nicht vollständig erklärt, da nach den Steuersenkungen des Jahres 2004 keine weiteren Änderungen geplant sind und im Programmzeitraum mit einer effizienteren Steuererhebung gerechnet wird. Auf der Ausgabenseite soll dies durch eine strikte Ausgabenkontrolle mit Schwerpunkt auf einem Abbau der Transfers bei zusätzlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der NATO-Mitgliedschaft und der Umsetzung der von der EU teilfinanzierten Ausgabenpläne realisiert werden. Die beiden letztgenannten Ausgabenposten machen netto etwa 0,7 Prozentpunkte des BIP aus. Die Schuldenquote steigt 2007 zwar auf 17,7 %, bleibt aber dennoch auf einem sehr niedrigen Niveau.

Dem makroökonomischen Szenario des Programms liegen relativ optimistische Wachstumsannahmen zugrunde. Insbesondere dürfte die in dem Programm projizierte mittelfristige Wachstumsentwicklung aufgrund struktureller Einschränkungen und der Empfindlichkeit der Volkswirtschaft gegenüber externen Schocks relativ optimistisch sein. Die Inflation wird 2004 wahrscheinlich über dem Prognosewert liegen, aber in den Folgejahren scheinen die Inflationsprognosen realistisch.

Die Programmziele für das gesamtstaatliche Defizit liegen jedes Jahr unter dem Referenzwert von 3 % des BIP. Das Konsolidierungstempo ist jedoch eher langsam und die Programmziele stehen nicht im Einklang mit einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition während des Programmzeitraums. Die Risiken für das Haushaltsergebnis sind im Großen und Ganzen ausgewogen. Die oben erwähnte möglicherweise optimistische Wachstumsprognose stellt ein Risiko für die geplanten Haushaltsziele dar, und das Vertrauen in das Programm wird durch Belege für eine schlechte Datenqualität beeinträchtigt. Dem ist der offensichtliche Pessimismus bei den Einnahmeprognosen, insbesondere in den späteren Programmjahren entgegenzusetzen. Der haushaltspolitische Kurs des Programms bietet bei normalen Konjunkturschwankungen keine ausreichende Sicherheitsmarge gegen ein Überschreiten des Defizitwerts von 3 % des BIP.

## noch Anlage 2

Falls sich die in dem Programm projizierten Wachstumsraten tatsächlich einstellen, wird Lettland in Anbetracht dieser Bewertung empfohlen, Fortschritte auf dem Weg zu einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition zu machen, insbesondere vor dem Hintergrund seines derzeitigen Leistungsbilanzdefizits und des von der Binnennachfrage ausgehenden Drucks. Ferner wird Lettland dringend dazu aufgefordert, die Zuverlässigkeit und Robustheit der Quelldaten und verwendeten Methodologien zu verbessern, um eine bessere Einhaltung der Normen des ESVG-95 zu gewährleisten. Schließlich werden die lettischen Behörden ermutigt, die Reform des öffentlichen Sektors mit dem Ziel besserer administrativer Leistungsfähigkeit fortzusetzen und so die Effizienz der Steuererhebung zu verbessern und die Ausgabenkontrolle zu intensivieren.

Lettland befindet sich in einer relativ guten Ausgangsposition, um die mit einer alternden Bevölkerung zusammenhängenden Haushaltsbelastungen zu tragen. Die Aussichten für eine langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wurden durch die Umsetzung einer dreiteiligen Rentenreform verbessert. Diese wird durch das sehr niedrige Niveau des gesamtstaatlichen Schuldenstands noch verstärkt. Das Risiko langfristiger Haushaltsungleichgewichte kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die zeitige Umsetzung von Maßnahmen zur Begrenzung altersbedingter Ausgaben ist zusammen mit einer fiskalischen Konsolidierung zur Gewährleistung eines angemessenen Primärüberschusses von wesentlicher Bedeutung, um zu gewährleisten, dass die öffentlichen Finanzen auf einer tragfähigen Grundlage stehen.

\* \* \*

**Wichtigste Projektionen aus dem lettischen Konvergenzprogramm**

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	7,5	6,7	6,7	6,5	6,5
Beschäftigungswachstum (%)	1,8	1,0	1,0	0,5	0,5
HVPI-Inflation (%)	2,9	4,5	3,7	3,0	3,0
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	-1,8	-2,1	-2,2	-2,0	-2,0
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	15,3	16,2	16,8	17,3	17,7



noch Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (07.07)  
(OR. en)**

**11193/04**

**UEM 131**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates

für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Litauens

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Litauens.

Anlage

noch Anlage 2

**ANLAGE**

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm Litauens für 2004 bis 2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das litauische Konvergenzprogramm für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht weitgehend dem geänderten "Verhaltenskodex zu Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

noch Anlage 2

Mit der dem Programm zugrunde liegenden haushaltspolitischen Strategie wird *"durch die erfolgreiche Umsetzung wirtschaftspolitischer Ziele die Heranführung an einen im Konjunkturzyklus ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt"* angestrebt; diese Strategie kommt in den Defizitzielen des Programms jedoch nicht vollständig zum Ausdruck. Insbesondere ist in dem Programm zwischen 2003 und 2007 ein Defizitabbau von nur 0,2 Prozentpunkten vorgesehen, da für 2007 mit einem Defizit von 1,5 % des BIP gerechnet wird. Dies ist vor allem auf den Anstieg der Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zum BIP zurückzuführen. Der während des Programmzeitraums erwartete Anstieg der Einnahmenquote wird auf 2 Prozentpunkte geschätzt und ist vor allem auf eine beträchtliche Zunahme der nichtsteuerlichen Einnahmen im Zusammenhang mit den EU-Finanzhilfen zurückzuführen. Trotz der für 2005 geplanten Abschaffung der Straßensteuer, die sich in Steuermindereinnahmen in Höhe von voraussichtlich 0,5 % niederschlägt, wird im gleichen Jahr mit einem Anstieg der Steuereinnahmen um 0,4 Prozentpunkte des BIP gerechnet. Nach einer beträchtlichen Senkung der Ausgabenquote in den letzten fünf Jahren wird im Betrachtungszeitraum mit einem Anstieg der Quote um 1,8 Prozentpunkte gerechnet, der sich vollständig auf die Zunahme der Primärausgaben zurückführen lässt, welche durch die erwartete rückläufige Entwicklung der Zinszahlungen nur geringfügig kompensiert werden dürften. Für den Anstieg der Primärausgaben wird vor allem der erwartete Anstieg "anderer Ausgaben" um 0,9 % des BIP verantwortlich gemacht. Dieser resultiert in erster Linie aus den Beiträgen zum EU-Haushalt und der erwarteten Zunahme der Transferleistungen und Subventionen um 0,7 % des BIP, die vor allem mit den Subventionserhöhungen zugunsten der Landwirte, den Erstattungen für Verluste in Rubel angelegter Ersparnisse, den Rückerstattungsplänen für Grundstücke und der Rentenreform zusammenhängt. Die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen sollen in den ersten beiden Programmjahren eine beträchtliche Zunahme um 1 % des BIP erfahren, 2007 jedoch auf etwa 3,1 % des BIP zurückfallen und so weiterhin rund 0,2 Prozentpunkte über dem Ausgangsniveau von 2003 liegen.

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario spiegelt offenbar recht optimistische Wachstumserwartungen wider. Insbesondere erscheint die für 2005 projizierte Wachstumsrate, die im Wirtschaftsprogramm zur Beitrittsvorbereitung von 2003 mit 6,5 % angesetzt und im Konvergenzprogramm auf 7,3 % nach oben korrigiert wurde, eher hoch angesetzt. Die in dem Programm projizierte mittelfristige Wachstumsentwicklung erscheint zwar im Vergleich zu den ersten Programmjahren vorsichtiger, jedoch immer noch relativ optimistisch. Die Inflationsprognosen erscheinen realistisch.

## noch Anlage 2

Die Programmziele für das gesamtstaatliche Defizit liegen in jedem Jahr unter dem Referenzwert von 3 % des BIP. Sie sind jedoch mit einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition während des Programmzeitraums nicht vereinbar. Überdies bietet der haushaltspolitische Kurs des Programms zumindest in den ersten Programmjahren bei normalen Konjunkturschwankungen keine ausreichende Sicherheitsmarge gegen ein Überschreiten des Defizitgrenzwertes von 3 % des BIP. Das Haushaltsergebnis könnte hinter den Erwartungen zurückbleiben. Insbesondere gefährden die oben erwähnten makroökonomischen Risiken und die Erfahrungen mit Ausgabenüberschreitungen bei über den Erwartungen liegenden Einnahmenergebnissen das Erreichen der geplanten Haushaltsziele.

Falls sich die in dem Programm projizierten Wachstumsraten tatsächlich einstellen, wird Litauen in Anbetracht dieser Beurteilung empfohlen, weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition zu machen, insbesondere vor dem Hintergrund seines gegenwärtigen Leistungsbilanzdefizits und des von der Binnennachfrage ausgehenden Drucks. Ferner wird Litauen dringend nahe gelegt, den Haushaltsplan streng umzusetzen, um 2004 das Risiko eines Überschreitens des Referenzwerts von 3 % zu verringern. Schließlich werden die litauischen Behörden dazu ermutigt, etwaige Mehreinnahmen zum Defizitabbau einzusetzen.

Litauen befindet sich in einer relativ guten Ausgangslage, um die mit einer alternden Bevölkerung einhergehenden Haushaltsbelastungen zu tragen, auch wenn langfristig einige Risiken entstehen können. Eine Reihe von Maßnahmen zielt auf eine Verbesserung des Altersabhängigkeitsquotienten und die Modernisierung der Renten- und Gesundheitssysteme ab, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern. Dennoch bestehen Risiken aufgrund der kurzfristigen Kosten der Renten- und Gesundheitsreformen und der ausstehenden Eventualverbindlichkeiten. Die Gewährleistung eines angemessenen Primärüberschusses ist zentral, um die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern.

\*\*\*\*

#### Wichtigste Projektionen aus dem litauischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	9,0	7,0	7,3	6,6	6,3
Beschäftigungswachstum (%)	2,0	0,7	1,0	0,2	0,2
HVPI-Inflation (%)	-1,2	0,9	2,0	2,1	2,5
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	-1,7	-2,7	-2,5	-1,8	-1,5
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	21,5	22,4	22,2	21,4	21,0

noch Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (08.07)  
(OR. en)**

**11195/04**

**UEM 133**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für	die Delegationen
<u>Betr.:</u>	Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Maltas

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Maltas.

Anlage

noch Anlage 2

**ANLAGE**

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm Maltas für den Zeitraum 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Der Rat hat am 5. Juli 2004 das Konvergenzprogramm Maltas für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht nur teilweise den Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Insbesondere die BIP-Daten und die Daten der BIP-Komponenten entsprechen noch nicht in vollem Umfang dem ESVG-95. Das erschwert die Vergleichbarkeit verschiedener Programmteile.

---

1 ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

noch Anlage 2

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt auf die Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits auf unter 3 % des BIP bereits 2006 ab, wobei folgende Zwischenziele vorgesehen sind: 5,2 % des BIP 2004, 3,7 % des BIP 2005 und 2,3 % des BIP 2006, bis schließlich 1,4 % am Ende des Programmzeitraums erreicht sind. Das Programm geht von einer deutlichen Verbesserung des Primärsaldos aus, der sich von einem Defizit von 1,4 % des BIP im Jahr 2004 in einen Überschuss von 2,2 % im Jahr 2007 umkehren soll. Parallel dazu projiziert das Programm die Umkehr des Aufwärtstrends der Schuldenquote im Jahr 2005; sie dürfte am Ende des Programmzeitraums bei 70,4 % liegen.

Der Haushaltsstrategie liegt ein Maßnahmenpaket zugrunde, das auf die Kontrolle und Rationalisierung der Ausgaben und auf der Einnahmenseite auf die Verhinderung der Steuerhinterziehung zielt. Die Auswirkungen der zur Erreichung der Ziele erforderlichen politischen Maßnahmen werden im Programm nicht in vollem Umfang quantifiziert. Auf der Ausgabenseite wird davon ausgegangen, dass die laufenden Ausgaben durch die Eindämmung des Anstiegs der Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor und anderer laufender Ausgaben, durch die Umstrukturierung öffentlicher Unternehmen und die schrittweise Einstellung der Subventionen für die Schiffbauindustrie um 3 Prozentpunkte des BIP zurückgeführt werden. Die Kapitalausgaben dürften ebenfalls um mehr als 2,5 Prozentpunkte des BIP im Programmzeitraum zurückgehen, da derzeit noch laufende Einmalprojekte kurz vom dem Abschluss stehen. Die öffentlichen Investitionen hingegen werden weiterhin mehr als 4 % des BIP ausmachen.

Ausgehend von den derzeit verfügbaren Informationen scheint das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Allerdings ist es aufgrund einer möglichen Überschätzung des nominalen BIP nach ESG-95 und externer Belastungen, denen die maltesische Wirtschaft ausgesetzt ist, mit einem gewissen Grad an Unsicherheit behaftet.

Obwohl das Programm vorsieht, dass das Defizit im Jahr 2006 unter den Referenzwert von 3 % des BIP zurückgeführt werden und danach weiter zurückgehen soll, könnten diese Ziele mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt während des Programmzeitraums unvereinbar sein.

Der Konsolidierungspfad sieht eine drastische Verringerung des Defizits vor, die dank des Handlungsspielraums, der sich durch die Beendigung einiger Investitionsprojekte ergibt, erreichbar scheint. Dennoch erfordert die Einhaltung dieses Konsolidierungspfades ein nachdrückliches Engagement der maltesischen Regierung. Darüber hinaus beinhaltet die jüngste Korrektur der realen BIP-Wachstumszahlen für 2003 möglicherweise einige Abwärtsrisiken.

## noch Anlage 2

Es ist daher möglich, dass der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs nicht ausreicht, um das Defizit bis 2006 unter den Schwellenwert von 3 % des BIP zu senken. Hinzu kommt, dass die Entwicklung des Schuldenstands aufgrund der Abwärtsrisiken wahrscheinlich weniger günstig sein wird als geplant.

Was die langfristige Tragfähigkeit betrifft, so besteht für Malta das Risiko, dass die öffentlichen Finanzen aufgrund der projizierten Kosten einer alternden Bevölkerung aus dem Gleichgewicht geraten. Die Sicherung eines ausreichenden Primärüberschusses auf mittlere Sicht und die Durchführung weiterer Maßnahmen zur Eindämmung des Anstiegs der alterungsbedingten Kosten, insbesondere im Gesundheitswesen, sind unerlässlich, um die öffentlichen Finanzen auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen.

\* \* \*

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags entschieden, dass in Malta ein übermäßiges Defizit besteht und gemäß Artikel 104 Absatz 7 Empfehlungen an Malta mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuhelpfen, wobei er Malta ein bestimmtes Vorgehen für seine weitere Politik angeriet.

## Wichtigste Projektionen des Konvergenzprogramms Malτας

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	-1,7	1,1	1,7	2,1	2,1
Beschäftigungswachstum (%)	-0,8	0,8	0,7	0,7	0,7
EPI-Inflation (%)	1,3	3,4	2,1	2,1	2,1
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	-9,7	-5,2	-3,7	-2,3	-1,4
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	72,0	72,1	72,4	70,5	70,4



noch Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (07.07)**

**11196/04**

**UEM 134**

**VERMERK**

des	Generalsekretariats des Rates
für	die Delegationen
<u>Betr.:</u>	<u>Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Polens</u>

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Polens.

Anlage

noch Anlage 2

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm Polens für den Zeitraum 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Polens für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht nur zum Teil den Erfordernissen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme" sowie der ESVG 95-Standards.

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt auf die Senkung des gesamtstaatlichen Defizits unter die 3 %-Marke des BIP bis 2007 (mit folgenden Zwischenjahreszielen: 5,7 % des BIP für 2004, 4,2 % des BIP für 2005, 3,3 % des BIP für 2006 und 1,5 % des BIP für 2007) sowie auf die Beibehaltung der Schuldenquote unter 60 % ab. Zu diesem Zweck umfasst das Programm ein umfangreiches Maßnahmenpaket (den so genannten "*Hausner-Plan*"), das von der Regierung im Januar 2004 gutgeheißen wurde und nach vollständiger Umsetzung

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die in diesem Text genannten Dokumente sind auf der folgenden Website abrufbar:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

noch Anlage 2

zu einer kumulativen Korrektur des Defizits um 5,3 % des BIP aufgrund zusätzlicher Einnahmen und Ersparnisse bei den Ausgaben für den Zeitraum 2005-2007 führen dürfte (3,3 % des BIP im sozialen Bereich und 2 % des BIP bei der öffentlichen Verwaltung und staatlichen Unternehmen). Die Erreichung der Defizit-Ziele hängt zudem von dem projizierten hohen Wachstum während des Programm-Zeitraums ab.

Auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen scheint das makroökonomische Szenario, auf das sich das Programm stützt, eher günstige Wachstumsprognosen widerzuspiegeln. Wenn die Wachstumsprognose von 5 % für 2004 und 2005 auch plausibel erscheint und 2004 sogar übertroffen werden könnte, scheint die Entwicklung des Wachstums auf mittlere Sicht, so wie sie im Programm projiziert wird, d.h. eine Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 5,6 % in den Jahren 2006 und 2007, von eher günstigen Annahmen in Bezug auf privaten Verbrauch und Investitionen auszugehen. Folglich sind die vollständige Umsetzung des *Hausner-Plans* und die damit einhergehende Zerstreung der Steuerunsicherheiten von ausschlaggebender Bedeutung, will man den projizierten Wachstumszuwachs wirklich erreichen. Die Inflations-Prognose scheint hingegen weitgehend realistisch zu sein.

Das Programm sieht vor, das Defizit bis 2007 unter die 3 % des BIP-Referenzwertes zurückzuführen. Die Programmziele sind mit mehreren Risiken behaftet. Neben dem oben genannten negativen makroökonomischen Risiken besteht auch Unsicherheit bezüglich der Umsetzung der geplanten Maßnahmen, wobei die geplante Anpassung nicht nur bereits stark auf die späteren Jahre verlagert ist, sondern auch nicht gänzlich im Einklang mit dem *Hausner-Plan* steht. Infolge der jüngsten EUROSTAT-Entscheidung über die Einstufung der kapitalgedeckten Pensionsfonds sind die geplanten Defizitzahlen u.U. um 1,6 Prozentpunkte des BIP nach oben zu revidieren. Deshalb dürfte die haushaltspolitische Haltung im Programm nicht ausreichen, um das Defizit unter die 3 %-Marke des BIP während des Programmzeitraums zu führen.

Im Programm wird davon ausgegangen, dass die Schuldenquote um 7 Prozentpunkte des BIP während des Zeitraums 2003 - 2007 steigt, wobei der Anstieg erst im letzten geplanten Jahr zum Stillstand kommt. Die Entwicklung der Schuldenquote dürfte indes ungünstiger ausfallen als projiziert, und zwar aufgrund der zuvor genannten Risiken in Bezug auf die Defizitergebnisse und der beträchtlichen Unsicherheiten hinsichtlich der Realisierung der geplanten Privatisierungserträge.

## noch Anlage 2

Was die langfristige Tragfähigkeit anbelangt, so könnte es in Polen zu Haushaltsungleichgewichten kommen, wenn die projizierten Kosten der Alterung der Bevölkerung tatsächlich eintreten werden. Die Rentenreform aus dem Jahr 1999, mit der ein progressives Dreisäulensystem eingeführt wurde – und die unter anderem eine Änderung der Parameter des Umlagesystems umfasste, z.B. eine Einschränkung von Möglichkeiten zum vorzeitigen Ruhestand – hat die Risiken langfristiger Haushaltsungleichgewichte zwar vermindert, aber nicht vollständig ausgeräumt. Die Gewährleistung eines angemessenen Primärüberschusses auf mittlere Sicht zusammen mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung des Defizits im Altersversorgungssystem und zur Begrenzung der Übernahme von Schulden der staatlichen Unternehmen und des Gesundheitssystems sowie Strukturreformen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung sind unabdingbar, will man die öffentlichen Finanzen auf eine gesunde Grundlage stellen.

\* \* \*

Am 5. Juli 2004 entschied der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags, dass in Polen ein übermäßiges Defizit besteht, und richtete gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen an Polen mit dem Ziel, dieser Lage abzuwehren, wobei er Polen ein bestimmtes Vorgehen für seine weitere Politik anriet.

## Wichtigste Projektionen im Konvergenzprogramm Polens

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (in %)	3.7	5.0	5.0	5.6	5.6
Beschäftigungswachstum (in %)	-2.3	-0.2	1.0	1.8	2.5
HVPI- Inflation (in %)	0.8	2.2	2.8	<3	<3
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)	-4.1	-5.7	-4.2	-3.3	-1.5
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (in % des BIP)	45.3	49.0	51.9	52.7	52.3

noch Anlage 2



RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 6. Juli 2004 (07.07)

11198/04

UEM 136

VERMERK

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

Betr.: Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm der Slowakei

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm der Slowakei.

Anlage

noch Anlage 2

ANLAGE

STELLUNGNAHME DES RATES

vom 5. Juli 2004

zum Konvergenzprogramm der Slowakei für den Zeitraum 2004-2007

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm der Slowakei geprüft, das sich auf den Zeitraum 2004 bis 2007 bezieht und darüber hinaus erste Projektionen bis zum Jahr 2010 enthält. Das Programm entspricht weitgehend den Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt auf eine Senkung des gesamtstaatlichen Defizits von 3,6 % des BIP 2003 auf 3,0 % des BIP im Jahr 2007 ab, um das Maastrichter Defizitkriterium zu erfüllen, wobei folgende Defizit-Zwischenziele vorgesehen sind: 4,0 % des BIP 2004, 3,9 % des BIP 2005 und 3,9 % des BIP 2006. Der Defizitabbau soll vor allem

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

noch Anlage 2

2007 erfolgen. Das Programm sieht eine Anpassung aufgrund von Primärausgabensenkungen um 1,5 Prozentpunkte des BIP vor. Diese Ausgabensenkungen werden weitgehend durch Struktur-reformen, vor allem im Gesundheitswesen und im Sozialschutzsystem, unterstützt, die überwiegend bereits in Kraft gesetzt wurden. Die Reformen auf der Ausgabenseite erfolgen vor dem Hintergrund eines weit reichenden, voraussichtlich mehr oder weniger aufkommensneutralen Steuerreform-pakets (das seit Anfang 2004 in Kraft ist); die Steuerreformen stellen im Wesentlichen eine Ver-lagerung der Steuerlast von der direkten hin zur indirekten Besteuerung dar. Außerdem wird 2005 eine kapitalgedeckte Rentensystemsäule eingeführt, was zu Einnahmeneinbußen für den Gesamt-staat führt, die sich 2005 zunächst auf schätzungsweise  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt des BIP und bis zum Ende des Programmzeitraums auf 1 Prozentpunkt des BIP belaufen werden.

Nach derzeit verfügbaren Informationen scheint das dem Programm zugrunde liegende makro-ökonomische Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln, d.h. ein Wachstum von gut 4 % 2004 und 2005 und eine Wachstumsbeschleunigung auf fast 5 % 2006 und 2007 – aufgrund einer weiteren Festigung der Exporte dank einer FDI-induzierten Ausweitung der Exportkapazität. Der erwartete Rückgang der Arbeitslosigkeit wird angesichts der noch immer sehr hohen Arbeits-losenquote der Slowakei eine energische Fortführung der Maßnahmen erfordern, die die tief ver-wurzelten Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt beseitigen sollen. Der projizierte rasche Infla-tionsrückgang nach 2004, wenn die Anpassungen der administrierten Preise und die Anhebungen der indirekten Steuern auslaufen, ist erreichbar, sofern Zweitrundeneffekte rigoros eingedämmt werden. Insbesondere sollte sich die Lohnentwicklung, unter anderem im öffentlichen Sektor, nicht an der früheren Inflationsentwicklung orientieren.

Das Programm sieht vor, dass das gesamtstaatliche Defizit 2007 auf den Referenzwert von 3 % des BIP gesenkt wird und anschließend weiter zurückgeht. Da von einem sehr robusten Wachstum der slowakischen Wirtschaft ausgegangen wird, muten Umfang und Pfad der Defizitrückführung vielleicht nicht sehr ehrgeizig an. Es müssen jedoch insbesondere folgende Faktoren berücksichtigt werden: die geplante Senkung der Primärausgaben, die mit der Rentenreform verbundenen Ein-nahmeneinbußen und die im Jahr 2003 erreichte, teilweise einmalige Anpassung. Der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs scheint ausreichend, um das Defizit bis zum Ende des Pro-grammzeitraums auf die Defizitmarke von 3 % des BIP zu senken. Die Risiken für die Haushalts-projektionen scheinen sich über den gesamten Programmzeitraum hinweg in etwa auszugleichen. Im Jahr 2004, in dem mit einem leichten Anstieg des Defizits gerechnet wird, weisen die Risiken leicht aufwärts. Die Abwärtsrisiken scheinen sich auf die Ausgabenseite zu konzentrieren und be-stehen vor allem in einem Aufschub der geplanten weiteren Gesundheitsreformen und dem Aus-bleiben einer weiteren Rationalisierung des öffentlichen Sektors.

## noch Anlage 2

Die Erreichung der Defizit-Ziele wird davon abhängen, ob die Regierung die Primärausgaben zu kontrollieren versteht, was durch bindende mittelfristige Ausgabenbegrenzungen erleichtert würde. Sollten die durchgeführten Strukturreformen zu einem stärkeren als dem im Konvergenzprogramm vom Mai 2004 projizierten Wachstum führen, sollte diese Gelegenheit zur Beschleunigung der Finanzanpassung genutzt werden, insbesondere indem budgetäre Mehrnahmen vorrangig für den Defizitabbau verwendet werden. Dadurch würde nicht nur die Wahrscheinlichkeit steigen, dass das Defizit möglichst bald, spätestens jedoch im Jahr 2007, unter 3 % des BIP liegt, sondern es würde auch der Weg zur Erreichung des zweiten zentralen finanzpolitischen Ziels des Programms geebnet, d.h. zur Erreichung einer in etwa ausgeglichenen oder durch einen Überschuss gekennzeichneten strukturellen Haushaltsposition bereits vor dem im Programm anvisierten Jahr 2010 und zur Herstellung einer ausreichenden Sicherheitsmarge, um eine Überschreitung des im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwerts von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen zu vermeiden. Dies würde auch eine bessere Grundlage bieten, auf möglicherweise rasant zunehmende Kapitalzuflüsse zu reagieren.

Die Schuldenquote soll dem Programm zufolge von 2003 bis 2005 um 2 ½ Prozentpunkte auf 46,4 % steigen und dann wieder auf 45,5 % im Jahr 2007 sinken. Die Slowakei scheint vergleichsweise gut in der Lage, die budgetären Kosten einer alternden Bevölkerung zu schultern. Die langfristige Tragfähigkeit hängt von der strikten Einhaltung der finanzpolitischen Konsolidierungsziele und der vollständigen Umsetzung der geplanten Politiken ab. Insbesondere bei den Geburtenraten könnten die den entsprechenden Programmprojektionen zugrunde liegenden Annahmen etwas zu optimistisch sein. Die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit bestehen hauptsächlich darin, dass Reformen gar nicht oder verspätet umgesetzt bzw. bereits durchgeführte Reformen rückgängig gemacht werden.

\*\*\*\*

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des EG-Vertrags entschieden, dass in der Slowakei ein übermäßiges Defizit besteht, und gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen an die Slowakei mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzu-  
helfen, wobei er der Slowakei ein bestimmtes Vorgehen für ihre weitere Politik anriet.

## Wichtigste Projektionen aus dem slowakischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	4,2	4,1	4,3	5,0	4,7
Beschäftigungswachstum (%)	1,8	0,5	0,6	0,6	0,9
HVPI-Inflation (%)*	8,5	8,1	4,0	2,9	2,5
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	-3,6	-4,0	-3,9	-3,9	-3,0
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	42,8	45,1	46,4	46,1	45,5



noch Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (08.07)  
(OR. en)**

**11197/04**

**UEM 135**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen  
Betr.: Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Sloweniens

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Sloweniens.

---

Anlage

noch Anlage 2

**ANLAGE**

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm Sloweniens für den Zeitraum 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Sloweniens für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht weitgehend den Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodex zu Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".

Mit der dem Programm zugrunde liegenden haushaltspolitischen Strategie werden solide öffentliche Finanzen angestrebt, wie sie durch eine nahezu ausgeglichene Haushaltsposition definiert werden. Zu diesem Zweck ist in dem Programm ein schrittweiser Abbau des gesamtstaatlichen Defizits

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)

noch Anlage 2

während des Programmzeitraums vorgesehen, der mit einer Senkung sowohl der Einnahmenquote als auch der Primärausgabenquote im Einklang steht, wobei letzteres über eine Kürzung der obligatorischen Ausgaben erfolgen soll. Das Defizit wird sich diesem Anpassungspfad folgend in den nächsten vier Jahren halbieren und 2007 knapp unter 1 % liegen. Während die Politik auf einen allmählichen Abbau des strukturellen Defizits ausgerichtet wird, werden die Behörden die automatischen fiskalischen Stabilisatoren bei ungünstigen Wirtschaftsbedingungen - wenn auch eingeschränkt - wirken lassen.

Das dem Programm nach 2005 zugrunde liegende makroökonomische Szenario scheint plausible Wachstumsannahmen zu enthalten, in denen ein knapp über dem Potenzial liegendes Wachstum prognostiziert wird. Doch sind die Wachstumsannahmen für 2004 relativ optimistisch. Die Inflationsprojektionen scheinen 2004 eher im unteren Bereich der momentanen Schätzwerte zu liegen, doch sind sie für den folgenden Zeitraum realistisch, falls die wirtschaftspolitische Koordination weiterhin auf eine dauerhafte Inflationssenkung ausgerichtet wird.

Bei einem leichten Anstieg auf 1,9 % des BIP 2004 und der folgenden allmählichen Rückführung auf 0,9 % des BIP bis 2007 wird damit gerechnet, dass das gesamtstaatliche Defizit jedes Jahr unter dem Referenzwert von 3 % des BIP liegen wird. Die in dem Programm dargelegten haushaltspolitischen Ziele reichen nicht aus, um das mittelfristige Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspakts einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition zu erreichen; das Tempo der Finanzkonsolidierung ist relativ moderat, eine Annäherung an dieses mittelfristige Ziel würde erst gegen Ende des Programmzeitraums erreicht. Ferner könnte das Haushaltsergebnis insbesondere aufgrund der makroökonomischen Risiken im Zusammenhang mit der oben erwähnten optimistischen Wachstumsprognose für 2004 hinter den Erwartungen zurückbleiben. Darüber hinaus wird die Finanzkonsolidierung auf die späteren Jahre verlagert. Daher bietet die haushaltspolitische Strategie des Programms bei normalen Konjunkturschwankungen insbesondere in den Anfangsjahren des Programmzeitraums möglicherweise keine ausreichende Sicherheitsmarge gegen ein Überschreiten des Defizitgrenzwertes von 3 % des BIP.

Der staatliche Bruttoschuldenstand ist relativ gering und wird auch künftig auf niedrigem Niveau bleiben. Nach einem Anstieg der Schuldenquote im Verhältnis zum BIP auf 29,5 % 2005 wird 2007 mit ihrer erneuten Rückführung auf 28,4 % des BIP gerechnet. Was die langfristige Tragfähigkeit anbelangt, so ist Slowenien bei der Bewältigung der mit einer alternden Bevölkerung einhergehenden Kosten der Gefahr von Haushaltsungleichgewichten ausgesetzt. Eine gewissenhafte Umsetzung der Rentenreform und der Aufbau eines stabilen Gesundheitssystems sowie die Gewährleistung eines angemessenen Primärüberschusses sind entscheidend, um die öffentlichen Finanzen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

noch Anlage 2

Wichtigste Projektionen des slowenischen Konvergenzprogramms

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	2,3	3,6	3,7	3,8	3,9
Beschäftigungswachstum (%)	-0,2	0,4	0,6	0,6	0,7
HVPI-Inflation (%)	5,7	3,3	3,0	2,7	2,6
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	-1,8	-1,9	-1,8	-1,5	-0,9
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (in % des BIP)	28,6	29,1	29,5	29,4	28,4

noch Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (08.07)  
(OR. en)**

**11189/04**

**UEM 127**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen  
Betr.: Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik.

---

Anlage

noch Anlage 2

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für den Zeitraum 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht nur teilweise den Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Insbesondere muss die Qualität der ESVG-95-Daten zu den Einnahmen und Ausgaben sowohl für die funktionalen Kategorien als auch für die Teissektoren des Gesamtstaats weiter verbessert werden.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

noch Anlage 2

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt darauf ab, das gesamtstaatliche Defizit allmählich von 12,9 % im Jahr 2003 (5,9 % des BIP ohne Berücksichtigung einer größeren Einzelmaßnahme im Zusammenhang mit zugewiesenen staatlichen Garantien) auf 3,3 % des BIP im Jahr 2007 zu senken. Im Programm wird ferner ausgeführt, dass der zum Defizitabbau vorgeschlagene Pfad zeigt, dass die Beseitigung des übermäßigen Defizits bis 2008 abgeschlossen sein wird. Dieses Ziel soll durch weitgehend in den Jahren 2003 und 2004 verabschiedete Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Im Programm wird davon ausgegangen, dass der Rückgang der gesamtstaatlichen Einnahmen im Verhältnis zum BIP durch die Senkung der gesamtstaatlichen Ausgabenquote mehr als ausgeglichen wird. Auf der Einnahmenseite stellt das Programm eine Verlagerung von der direkten zur indirekten Besteuerung dar. Auf der Ausgabenseite sieht das Programm Kürzungen bei Transferzahlungen und Subventionen sowie beim Staatsverbrauch vor. Im Programm ist eine leichte Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Investitionen im Verhältnis zum BIP geplant.

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario geht von vorsichtigen Wachstumsannahmen aus, d.h. einem Wachstum von 2,8 % im Jahr 2004 und einer darauf folgenden Belebung bis hin zu 3,5 % im Jahr 2007. Dieses Szenario wird als Referenzszenario für die Bewertung der Haushaltsprojektionen betrachtet. Die Projektionen für die Inflation erscheinen realistisch.

Das Programm sieht vor, dass das Defizit im Jahr 2007 auf 3,3 % des BIP gesenkt wird und anschließend weiter zurückgeht, und zwar mit folgenden Defizit-Zwischenzielen: 5,3 % des BIP für 2004, 4,7 % des BIP für 2005 und 3,8 % des BIP für 2006. In Anbetracht des zugrunde gelegten wirtschaftlichen Aufschwungs ist der Anpassungspfad nicht sehr ehrgeizig, zumal grundlegende Reformen bei den Sozialausgaben fehlen. Die Risiken für die Haushaltsprojektionen können als in etwa ausgewogen betrachtet werden. Einerseits wird in dem vorsichtigen makroökonomischen Szenario davon ausgegangen, dass die Einnahmen höher als erwartet und die Ausgaben geringer als veranschlagt ausfallen könnten. Andererseits bleiben die Auswirkungen der zahlreichen gleichzeitigen Steueränderungen im Jahr 2004 auf das Verhalten der Wirtschaftsakteure ungewiss. Darüber hinaus müssen wichtige Sparmassnahmen, insbesondere den öffentlichen Verbrauch betreffend, noch vereinbart werden. Der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs erscheint ausreichend, um das Defizit bis 2008 auf die Defizitschwelle von 3 % des BIP zu senken.

Die Schuldenquote erhöht sich im Programmzeitraum um 4,1 Prozentpunkte und wird 2007 bei 41,7 % des BIP liegen. Die Schuldenquote kann sich aufgrund möglicher Entwicklungen, die die Bestandsanpassung beeinflussen, ungünstiger als projiziert entwickeln.

## noch Anlage 2

In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit besteht für die Tschechische Republik das ernsthafte Risiko, dass die Bewältigung der Kosten der Bevölkerungsalterung zu Haushaltsungleichgewichten führt. Fortschritte zur Sicherung eines adäquaten Primärüberschusses sind unerlässlich, um die öffentlichen Finanzen auf eine tragfähige Basis zu stellen. Darüber hinaus muss die auf einer allmählichen Konsolidierung im Laufe des Programmzeitraums basierende Haushaltsstrategie durch Maßnahmen ergänzt werden, mit denen der erwartete Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben unmittelbar angegangen wird, was eine umfassende Reform des Renten- und Gesundheitswesens einschließt.

\* \* \*

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf der Grundlage von Empfehlungen der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags entschieden, dass in der Tschechischen Republik ein übermäßiges Defizit besteht, und gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen an die Tschechische Republik mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuhelfen, wobei er bestimmte politische Maßnahmen anriet.

## Wichtigste Projektionen des tschechischen Konvergenzprogramms

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	2,9	2,8	3,1	3,3	3,5
Beschäftigungswachstum (%)	-0,7	-0,8	-0,3	0,0	0,1
HVPI-Inflation (in %)	-0,1	2,8	2,6	2,2	2,2
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	-12,9	-5,3	-4,7	-3,8	-3,3
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	37,6	38,4	39,7	41,0	41,7



noch Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (08.07)  
(OR. en)**

**11194/04**

**UEM 132**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen  
Betr.: Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Ungarns

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Ungarns.

Anlage

noch Anlage 2

**ANLAGE**

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm Ungarns für den Zeitraum 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Ungarns für den Zeitraum 2004 bis 2008 geprüft. Das Programm entspricht weitgehend den Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodex für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt darauf ab, das gesamtstaatliche Defizit bis 2008 unter 3 % des BIP zu senken, während gleichzeitig der Anteil des öffentlichen Sektors an der Gesamtwirtschaft verringert wird. Zu diesem Zweck sieht das Programm eine Konsolidierung mit Schwerpunkt auf dem ersten Programmjahr vor, wobei das Defizit von 5,9 % des BIP 2003 auf 4,6 % des BIP 2004 und anschließend um jährlich rund ½ Prozentpunkt des BIP

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)

noch Anlage 2

gesenkt werden soll (4,1 % des BIP im Jahr 2005, 3,6 % im Jahr 2006, 3,1 % im Jahr 2007 und 2,7 % des BIP im Jahr 2008). Bei diesen Zielwerten wurden die Auswirkungen der Rentenreform mit einem Anstieg von 0,7 % des BIP im Jahr 2003 auf 0,9 % im Jahr 2008 bereits berücksichtigt. Die Konsolidierung beruht auf den Ausgaben, unterstützt durch Strukturreformen, insbesondere in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Gesundheit und Bildung. Die Reformen müssen jedoch noch spezifiziert und umgesetzt werden. Der Rückgang der Gesamtausgabenquote, unterstützt durch EU-Mittel, würde eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen im Verhältnis zum BIP ermöglichen. Gleichzeitig soll die Gesamtabgabenbelastung von 39 % des BIP auf 37 % des BIP gesenkt werden.

Das Programm enthält zwei unterschiedliche Szenarien für die makroökonomischen und budgetären Projektionen: ein "Basisszenario" und ein "optimistischeres" Szenario. Das Basisszenario sollte als Referenzszenario für die Bewertung der Haushaltsprojektionen betrachtet werden, da es mit einem realen BIP-Wachstum von rund 3 ½-4 % in den Jahren 2004 und 2005 die plausibleren Wachstumsannahmen widerspiegelt, gefolgt von einer etwas optimistischen Projektion des Anstiegs der Wachstumsrate um alljährlich rund ½ Prozentpunkt bis 2008. Die Projektion eines raschen Inflationsrückgangs nach 2004, wenn die Erhöhungen der indirekten Steuern auslaufen, scheint weitgehend realistisch, sofern sich der Reallohnanstieg erheblich abschwächt und somit der Produktivität entspricht.

Das Programm sieht vor, dass das gesamtstaatliche Defizit erst 2008 unter den Referenzwert von 3 % des BIP gesenkt wird. Der im Programm vorgesehene Defizitabbau scheint erreichbar. Anlass zur Besorgnis gibt jedoch der Umstand, dass das Defizit laut Planung erst im Jahr 2008 auf unter 3% des BIP gesenkt werden soll, und auch dann nur sehr geringfügig, und dass die Anpassung zu einem wesentlichen Teil auf eine Verringerung der Zinsbelastung zurückzuführen sein wird. Risiken für das Haushaltsergebnis bestehen aufgrund der Möglichkeit, dass das Wachstum hinter den Vorhersagen zurückbleiben könnte, aufgrund der früheren Erfahrungen mit Ausgabenüberschreitungen und der fehlenden Informationen über die in den späteren Programmjahren geplanten ausgaben-senkenden Maßnahmen. Die Glaubwürdigkeit der Anpassungsstrategie hängt entscheidend davon ab, dass die schwerpunktmäßige Konsolidierung im ersten Programmjahr tatsächlich erreicht wird; die Verfehlung dieses Ziels würde den gesamten Anpassungspfad gefährden. Der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs könnte sich daher als unzureichend erweisen, um das Defizit bis zum Ende der Programmperiode auf die Defizit-Marke von unter 3 % des BIP zu senken, und jede Gelegenheit sollte genutzt werden, um eine nachhaltige Finanzanpassung zu beschleunigen. Gleichzeitig spiegeln die projizierten Haushaltssalden in erheblichem Maße die Umsetzung eines intensiven öffentlichen Investitionsprogramms wider, mit dem die öffentlichen Investitionen im Verhältnis zum BIP von 4,0 % des BIP im Jahr 2004 auf 5,5 % des BIP im Jahr 2008 erhöht werden sollen.

## noch Anlage 2

Nach einem Höchststand von nahezu 60 % des BIP im Jahr 2004 soll die Schuldenquote dem Programm zufolge auf 54 % des BIP im Jahr 2008 sinken. Dies entspräche der geplanten Haushaltsanpassung, würde aber auch durch eine projizierte abnehmende Zinsbelastung und negative Bestandsanpassungen begünstigt. Dies erscheint zwar plausibel, doch könnte die positive Entwicklung durch einen langsameren Rückgang der Zinssätze gefährdet werden.

Was die langfristige Tragfähigkeit betrifft, so besteht für Ungarn ein gewisses Risiko, dass die Bewältigung der projizierten Kosten der Bevölkerungsalterung zu budgetären Ungleichgewichten führt. Die Rentenreform aus dem Jahr 1998, mit der ein progressives Dreisäulensystem eingeführt wurde - und die unter anderem eine Änderung der Parameter des Umlagesystems umfasste, z.B. Anhebung des Rentenalters und Rentenindexierung -, hat die Risiken langfristiger Haushaltsungleichgewichte zwar vermindert, aber nicht vollständig ausgeräumt. Die Sicherung eines adäquaten Primärüberschusses auf mittlere Sicht und die Umsetzung von Maßnahmen zur weiteren Eindämmung der alterungsbedingten Ausgaben, insbesondere im Gesundheitswesen, sind unerlässlich, um die öffentlichen Finanzen auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen.

\*\*\*\*\*

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags entschieden, dass in Ungarn ein übermäßiges Defizit besteht, und gemäß Artikel 104 Absatz 7 Empfehlungen an Ungarn mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuweichen, wobei er Ungarn ein bestimmtes Vorgehen für seine weitere Politik anriet.

## Wichtigste Projektionen aus dem ungarischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP-Wachstum (%)	2,9	3,3-3,5	3,5-4	ca.4	4-4,5	4,5-5
Beschäftigungswachstum (%)	1,0	0-0,5	0,5-1	ca.1	ca.1	ca.1,5
HVPI-Inflation (%)	4,7	ca.6,5	ca.4,5	ca.4	ca.3,5	ca.3
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	-5,9	-4,6	-4,1	-3,6	-3,1	-2,7
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	59,1	59,4	57,9	56,8	55,6	53,7

noch Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Juli 2004 (08.07)  
(OR. en)**

**11191/04**

**UEM 129**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen  
Betr.: Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Zyperns

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 5. Juli 2004 angenommene Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Zyperns.

Anlage

noch Anlage 2

**ANLAGE**

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 5. Juli 2004**

**zum Konvergenzprogramm Zyperns für den Zeitraum 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Zyperns für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht weitgehend den Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".

---

1 ABl. L 209 vom 2.8.1997, S.1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)

noch Anlage 2

Die dem Programm zugrunde liegende haushaltspolitische Strategie zielt darauf ab, das gesamtstaatliche Defizit von 6,3 % des BIP 2003 auf 2,9 % des BIP 2005 zurückzuführen, um das Maastrichter Defizit-Kriterium 2005 zu erfüllen, und das Defizit anschließend weiter auf 2,2% des BIP 2006 und 1,6 % des BIP 2007 zu senken. Zu diesem Zweck sieht das Konvergenzprogramm die Erzielung eines wachsenden Primärüberschusses vor, der sich von projizierten -1,6 % des BIP 2004 auf 2 % des BIP 2007 erhöhen soll, sowie eine signifikante Umkehrung des Aufwärtstrends der Schuldenquote, die von 75,2 % des BIP 2004 bis zum Ende des Programmzeitraums auf unter 69 % des BIP gesenkt werden soll. Unterstützt wird dies durch ein überwiegend strukturelles Maßnahmenpaket, das etwa in gleichem Maße die Ausgaben eindämmen und die Einnahmen erhöhen soll. Die Maßnahmen werden überwiegend ab 2005 umgesetzt.

Das Programm konzentriert sich auf die Einnahmensteigerung und die Ausgabenkontrolle, bei der in der Vergangenheit die meisten Zielverfehlungen auftraten. Der im Programm dargelegte Anpassungspfad zeigt, dass sich die Regierung auf eine Verbesserung der öffentlichen Finanzen verpflichtet hat, da sie die Absicht hat, 2007 den Euro einzuführen. Vor allem aus diesem Grund konzentriert sich die Finanzkonsolidierung schwerpunktmäßig deutlich auf den Anfang des Programmzeitraums, um das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit 2005 um 2,3 Prozentpunkte des BIP zu senken. Angesichts der uneinheitlichen bisherigen Ergebnisse bei der Finanzkonsolidierung erscheint dies recht ehrgeizig und erfordert daher ein nachdrückliches Eintreten für die Umsetzung, wobei notfalls auch zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen wären.

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario, wonach sich das reale BIP-Wachstum von 3,5 % 2004 auf 4,5 % 2007 beschleunigen soll, scheint plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Auch die Inflationsprognose scheint realistisch. Das Programm enthält vier verschiedene Szenarien für die makroökonomische und budgetäre Entwicklung: ein "mittleres" Szenario, ein "oberes" Szenario, ein "unteres" Szenario und ein "Hochzins"-Szenario. Das "mittlere" Szenario wird als Referenzszenario für die Bewertung der Haushaltsprojektionen betrachtet, da es nach den derzeit verfügbaren Informationen plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln scheint.

Dem Programm zufolge soll das Defizit 2005 auf (unter) den Referenzwert von 3 % des BIP zurückgeführt werden und anschließend weiter sinken, doch stehen diese Ziele nicht im Einklang mit der Erreichung einer in etwa ausgeglichenen Haushaltsposition im Programmzeitraum.

## noch Anlage 2

Das Haushaltsergebnis könnte schlechter ausfallen als erwartet. Angesichts des Umfangs der Anpassung und der Konsolidierungsergebnisse Zyperns ist die Zielsetzung für 2005 von großer Unsicherheit geprägt. Der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs könnte sich als unzureichend erweisen, um das Defizit 2005 auf (unter) die Defizit-Marke von 3 % des BIP zu senken. Er bietet möglicherweise auch keine ausreichende Sicherheitsmarge, um eine Überschreitung der Defizitmarke bei normalen Konjunkturschwankungen zu verhindern.

In dem Programm erreicht die Schuldenquote 2004 mit 75,2 % ihren Höchststand und geht anschließend um nahezu 7 Prozentpunkte auf 68,4 % des BIP 2007 zurück. Ausschlaggebend für diesen kräftigen Rückgang sind vor allem zunehmend positive Primärsalden und ein nominales BIP-Wachstum, das über den Zinszahlungen für die Staatsschulden im Zeitraum 2005-2007 liegt. Angesichts der vorerwähnten Risiken für die Defizitergebnisse könnte sich die Schuldenquote ungünstiger entwickeln als projiziert.

Was die langfristige Tragfähigkeit anbelangt, so besteht für Zypern das Risiko, dass die öffentlichen Finanzen durch die Kosten der Bevölkerungsalterung aus dem Gleichgewicht geraten. Während die Gesundheitsreform 2006 umgesetzt werden soll, befinden sich die Maßnahmen zur Reform des Rentensystems noch im Anfangsstadium. Eine rechtzeitige und effiziente Umsetzung dieser Reformen und der zur Sicherung eines ausreichenden Primärüberschusses erforderlichen sonstigen Maßnahmen ist unerlässlich, um die öffentlichen Finanzen auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen.

\* \* \*

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags entschieden, dass in Zypern ein übermäßiges Defizit besteht, und gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen an Zypern mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuwehren, wobei er Zypern ein bestimmtes Vorgehen für seine weitere Politik anriet.

#### Wichtigste Projektionen aus dem zyprischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	2,0	3,5	4,3	4,4	4,5
Beschäftigungswachstum (%)	0,9	1,0	1,0	2,0	3,0
VPI-Inflation (%)	4,1	2,0	2,0	2,0	2,0
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	-6,3	-5,2	-2,9	-2,2	-1,6
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	72,6	75,2	74,8	71,5	68,4



## Anlage 3

## Konvergenzprogramme (KP) der neuen Mitgliedstaaten 2004

Länder	Wachstum real (in v.H.)						Finanzierungssaldo (in v.H. des BIP)						Bruttostaatsverschuldung (in v.H. des BIP)					
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Estland</b>																		
PEP 2003	6,0	4,5	5,6	6,0	6,0		1,3	0,4	0,0	0,0	0,0		5,8	5,5	5,2	4,9	4,6	
KP 2004	<b>6,0</b>	<b>4,7</b>	<b>5,3</b>	<b>5,8</b>	<b>5,6</b>	<b>5,9</b>	<b>2,6</b>	<b>0,7</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>5,8</b>	<b>5,8</b>	<b>5,4</b>	<b>5,1</b>	<b>4,7</b>	<b>3,4</b>
KOM-Prognose	6,0	4,8	5,4	5,9			1,8	2,6	0,7	0,0			5,7	5,8	5,4	5,3		
<b>Lettland</b>																		
PEP 2003	6,1	6,5	6,1	6,0	6,0		-3,0	-2,9	-2,4	-2,2	-2,0		14,6	19,1	17,0	17,4	17,4	
KP 2004	<b>7,5</b>	<b>7,5</b>	<b>6,7</b>	<b>6,5</b>	<b>6,5</b>	<b>6,5</b>	<b>-2,7</b>	<b>-1,8</b>	<b>-2,1</b>	<b>-2,2</b>	<b>-2,0</b>	<b>-2,0</b>	<b>15,3</b>	<b>15,3</b>	<b>16,2</b>	<b>16,8</b>	<b>17,3</b>	<b>17,7</b>
KOM-Prognose	6,1	7,5	6,2	6,2			-2,7	-1,8	-2,2	-2,0			15,5	15,6	16,0	16,1		
<b>Litauen</b>																		
PEP 2003	6,7	6,8	6,2	6,5	6,0		-1,7	-2,4	-2,9	-2,5	-1,8		22,7	22,9	22,7	23,2	23,3	
KP 2004	<b>3,8</b>	<b>9,0</b>	<b>7,0</b>	<b>7,3</b>	<b>6,6</b>	<b>6,3</b>	<b>-1,7</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,7</b>	<b>-2,5</b>	<b>-1,7</b>	<b>-1,5</b>	<b>21,5</b>	<b>21,5</b>	<b>22,4</b>	<b>22,2</b>	<b>21,4</b>	<b>21,0</b>
KOM-Prognose	6,8	8,9	6,9	6,6			-1,4	-1,7	-2,8	-2,6			22,8	21,9	22,8	23,2		
<b>Malta</b>																		
PEP 2003	1,2	1,3	2,5	3,2	3,6		-6,2	-7,4	-5,8	-4,1	-3,4		66,6	71,7	72,2	70,6	68,4	
KP 2004	<b>2,3</b>	<b>-1,7</b>	<b>1,1</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>	<b>2,1</b>	<b>-9,7</b>	<b>-9,7</b>	<b>-5,2</b>	<b>-3,7</b>	<b>-2,3</b>	<b>-1,4</b>	<b>72,0</b>	<b>72,0</b>	<b>72,1</b>	<b>72,4</b>	<b>70,5</b>	<b>70,4</b>
KOM-Prognose	1,7	0,4	1,4	2,0			-5,7	-9,7	-5,9	-4,5			61,7	72,0	73,9	75,9		
<b>Polen</b>																		
PEP 2003	1,4	3,0	5,0	5,0	5,6		-3,8	-4,1	-5,0	-4,0	-3,4		41,8	44,3	46,9	49,2	49,1	
KP 2004	<b>3,7</b>	<b>3,7</b>	<b>5,0</b>	<b>5,0</b>	<b>5,6</b>	<b>5,6</b>	<b>-4,0</b>	<b>-4,1</b>	<b>-5,7</b>	<b>-4,2</b>	<b>-3,3</b>	<b>-1,5</b>	<b>41,2</b>	<b>45,3</b>	<b>49,0</b>	<b>51,9</b>	<b>52,7</b>	<b>52,3</b>
KOM-Prognose	1,4	3,7	4,6	4,8			-3,6	-4,1	-6,0	-4,5			41,2	45,4	49,1	50,3		
<b>Slowakei</b>																		
PEP 2003	4,4	4,0	4,1	4,4	4,8		-7,2	-5,0	-3,9	-3,4	-2,9		44,3	45,0	45,7	47,4	48,5	
KP 2004	<b>4,2</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>	<b>4,3</b>	<b>5,0</b>	<b>4,7</b>	<b>-3,6</b>	<b>-4,0</b>	<b>-4,0</b>	<b>-3,9</b>	<b>-3,9</b>	<b>-3,0</b>	<b>42,8</b>	<b>42,8</b>	<b>45,1</b>	<b>46,4</b>	<b>46,1</b>	<b>45,5</b>
KOM-Prognose	4,4	4,2	4,0	4,1			-5,7	-3,6	-4,1	-3,9			43,3	42,8	45,1	46,1		

noch Anlage 3

## Konvergenzprogramme (KP) der neuen Mitgliedstaaten 2004

Länder	Wachstum real (in v.H.)					Finanzierungssaldo (in v.H. des BIP)					Bruttostaatsverschuldung (in v.H. des BIP)								
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2002	2003	2004	2005	2006	2007	
<b>Slowenien</b>																			
PEP 2003	3,2	3,1	3,9	4,0	4,4		-2,4	-2,0	-1,6	-1,6	-1,3		27,8	27,8	27,7	26,9	25,9		
KP 2004		<b>2,3</b>	<b>3,6</b>	<b>3,7</b>	<b>3,8</b>	<b>3,9</b>	<b>-1,8</b>	<b>-1,9</b>	<b>-1,8</b>	<b>-1,5</b>	<b>-0,9</b>			<b>28,6</b>	<b>29,1</b>	<b>29,5</b>	<b>29,4</b>	<b>28,4</b>	
KOM-Prognose	2,9	2,3	3,2	3,6			-1,9	-1,8	-1,7	-1,8			27,8	27,1	28,3	28,2			
<b>Tschechien</b>																			
PEP 2003	2,0	2,4	2,8	3,2	3,6		-6,7	-7,6	-5,9	-4,8	-4,0		26,9	30,5	34,2	37,7	39,4		
KP 2004 <sup>1)</sup>		<b>2,9</b>	<b>2,8</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	<b>3,5</b>	<b>-12,9</b>	<b>-5,3</b>	<b>-4,7</b>	<b>-3,8</b>	<b>-3,3</b>			<b>37,6</b>	<b>38,4</b>	<b>39,7</b>	<b>41,0</b>	<b>41,7</b>	
KOM-Prognose	2,0	2,9	2,9	3,4			-6,4	-12,9	-5,9	-5,1			28,9	37,6	40,6	42,4			
<b>Ungarn</b>																			
PEP 2003	3,3	3,5	3,5	4,0-4,5	4,5-5,0		-9,2	-4,8	-3,8	-2,8	-2,5		56,3	57,5	57,3	55,3	54,0		
KP 2004		<b>3,5</b>	<b>2,9</b>	<b>3,3-3,5</b>	<b>3,5-4,0</b>	<b>4,0</b>	<b>-5,9</b>	<b>-4,6</b>	<b>-4,1</b>	<b>-3,6</b>	<b>-3,1</b>			<b>59,1</b>	<b>59,4</b>	<b>57,9</b>	<b>56,8</b>	<b>55,6</b>	
KOM-Prognose	3,5	2,9	3,2	3,4			-9,3	-5,9	-4,9	-4,3			57,1	59,0	58,7	58,0			
<b>Zypern</b>																			
PEP 2003	2,0	2,0	4,0	4,6	4,6		-3,5	-5,4	-3,7	-2,8	-2,2		59,7	63,6	62,6	60,7	56,1		
KP 2004		<b>2,0</b>	<b>2,0</b>	<b>3,5</b>	<b>4,3</b>	<b>4,4</b>	<b>-4,6</b>	<b>-6,3</b>	<b>-5,2</b>	<b>-2,9</b>	<b>-2,2</b>	<b>-1,6</b>		<b>72,6</b>	<b>75,2</b>	<b>74,8</b>	<b>71,5</b>	<b>68,4</b>	
KOM-Prognose	2,0	2,0	3,4	4,1			-4,6	-6,3	-4,6	-4,1			67,1	72,2	74,6	76,9			
<b>nMS10</b>																			
KP 2004		<b>3,6</b>	<b>4,2</b>	<b>4,4</b>	<b>4,8</b>	<b>4,8</b>	<b>-5,8</b>	<b>-4,8</b>	<b>-3,9</b>	<b>-3,2</b>	<b>-2,1</b>			<b>44,3</b>	<b>46,2</b>	<b>47,5</b>	<b>47,8</b>	<b>47,3</b>	
KOM-Prognose	2,4	3,6	4,0	4,2			-4,9	-5,7	-5,0	-4,2			39,4	42,2	44,4	45,2			
<b>EU 15</b>																			
KP 2004		<b>1,1</b>	<b>0,9</b>	<b>2,2</b>	<b>2,6</b>	<b>2,5</b>	<b>-2,1</b>	<b>-2,6</b>	<b>-2,2</b>	<b>-1,7</b>	<b>-1,2</b>	<b>-0,9</b>		<b>62,6</b>	<b>63,8</b>	<b>63,8</b>	<b>63,3</b>	<b>62,5</b>	<b>61,9</b>
KOM-Prognose	1,1	0,8	2,0	2,4			-2,0	-2,6	-2,6	-2,4			62,5	64,0	64,2	64,2			

1) Abweichungen zum Konvergenzprogramm ergeben sich aus später nachgereichten Neuberechnungen des BIP

noch Anlage 3

